AUF EIN WAHRES WORT! 10.000 Abos in 5 Wochen! **ABO! SEITE 7**

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 69 ab Samstag, 13. November 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

DEMOKRATIEBEWEGUNGEN KOMMEN VOR DIE WELLE

In Deutschland und weltweit.

Demokalender, Seite 3

Wie 1933 wird das personell kleine Corona-Regime von Kleinbürgertum und Beamten getragen. Die Justiz ist kollabiert. Die Opposition hat nur eine Chance, wenn sie schneller, entschlossener und untereinander kompromissbereiter ist als die Höllenmaschine. Das gelingt bereits.

Der soziale Kitt des Corona-Putsches ist nur noch die pure Gewalt. Eine globale Riege alter Kräfte des 20. Jahrhunderts will sich in die neue Zeit retten. Auf dem Weg vom offenen Korporatismus-Kapitalismus in den geschlossenen Globalfaschismus braucht das Regime willige Vollstrecker. Diese findet es im Behördenapparat und in den kleinbürgerlichen Vorstädten – und in der Fernsehwelt, die seit zwei Jahrzehnten gegen die Aufklärer des Internets und der unabhängigen Presse verliert. Zuletzt wandten sich in Deutschland Richard David Precht und Markus Lanz vom Corona-Putsch ab – in einem Podcast im Internet. Nach über anderthalb Jahren ist dies keine Meisterleistung, aber eine durch Aufklärungsarbeit erzwungene Einsicht. Es markiert einen weiteren Wendepunkt.

Der beliebte TV-Philosoph Precht und der klavierspielende Moderator Lanz entzündeten ihre Kritik daran, dass die experimentelle Substanz nun auch Kindern verabreicht werden soll. Precht schloss aus, den Stoff jemals den eigenen Kindern injizieren zu lassen. Lanz wandte sich auch gegen den perversen Maskenzwang. Precht wurde sogleich als »Dr. Wirrkopf« verleumdet, und zwar von der Anfang 2020 mit weit über zwei Millionen Euro von der Gates-Foundation bestochenen Nachrichtenillustrierten *Der Spiegel*. Der PC-Rentner Bill Gates gilt als Eugeniker und Protagonist des Corona-Putsches.

DER CORONA-KOMPLEX

In Italien steht das Land Kopf gegen den kriminellen Ministerpräsidenten Mario Draghi und die Einführung des Segregationspasses, genannt »Green Pass«. Draghi hatte vor der Machtübernahme über den politischen Apparat Italiens für Finanzkonzerne und die umstrittene Weltbank-Organisation Geld bekommen und ist offenkundig auch im politischen Amt weiter für diese tätig. Die neue Demokratiebewegung Italiens hat die Lüge von Bergamo entlarvt und den Betrug für die Allgemeinheit aufgedeckt. Auch die Legende, das Lügenregime hätte irgendwas mit Umweltschutz vor und das Ganze sei nur zum Besten der Unterdrückten, glaubt in Italien niemand mehr. Wie in Deutschland seit dem 28. März 2020 gibt es nun tägliche Demonstrationen überall in Italien. Die italienischen Demokraten wenden sich mittlerweile den zentralen Behörden und Wohnsitzen von Politiker- und Konzernmagnaten zu.

Fortsetzung auf Seite 6



Leipzig, 6. November 2021. *Collage: DW/ UteFeuerstacke Material: Steve Schramm, Hannes Henkelmann*

NICHTOHNEUNS.DE

Auf historischen Pfaden

Der Preis der Republik geht an Nils Wehner

LAUDATIO | Von Nicolas Riedl

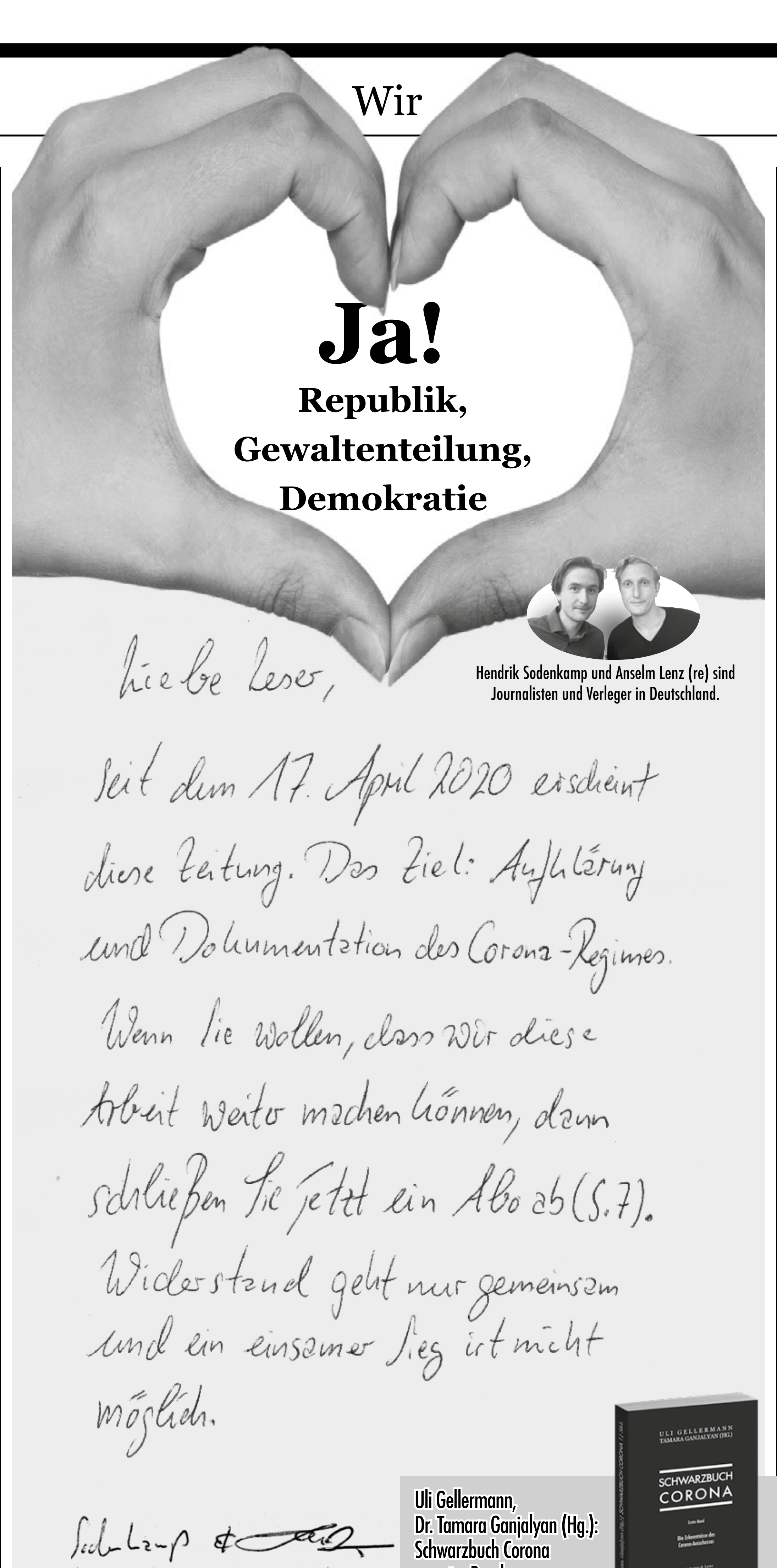


In den Altmedien wird Sachsen als das Schlusslicht der Republik dargestellt. Die Impfquote sei so niedrig und die Sachsen seien sowieso ein fehlgeleitetes Volk, welches Demokratie und die Notwendigkeit zur Heilsbringer-Spritze nie verstanden habe.

Doch dieses Schlusslicht ist mehr das rote Kerzenlicht der Hoffnung, das letztes Jahr bei der Großdemo am 7. November tausendfach die Straßen Leipzigs beleuchtete. Einer der tatkräftigen Mitorganisatoren war Nils Wehner, der auch dieses Jahr engagiert mithalf, die Leipziger Großdemo zu ermöglichen. Der waschechte Sachse hat nicht nur feine Antennen für totalitäres Gebaren eines immer übergriffiger werdenden Staates, sondern auch ein ausgereiftes Geschichtsbewusstsein. Als einer, der die Wende bewusst miterlebte, weiß er um das Potenzial friedlicher Demonstrationen, die ohne Blutvergießen einen Wandel herbeiführen können. Wehner bewegt sich auf historischen Pfaden, wenn er in Leipzig die Großdemonstrationen mitorganisiert. Sein aufrichtiges Handeln wurzelt tief in seiner Grundüberzeugung, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nicht verhandelbar sind. Für sein Rückgrat und Engagement gebührt ihm der Preis der Republik!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an den Demo-Organisator Nils Wehner. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeifferde Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch.



Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (re) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Über die Gier

EINWURF *von Werner Köhne*

»Wir haben die Lust am Leben eingetauscht gegen die Gier, nicht sterben zu müssen.« Dieses Zitat des österreichischen Philosophen Peter Strasser macht mich immer wieder fassungslos und betroffen angesichts seiner Treffsicherheit bezogen auf die laufenden Ereignisse in den letzten 20 Monaten.

Wenn das Corona-Geschehen gemäß eines existential-anthropologischen Tiefenblicks bestimmt werden sollte, dann durch den Gegensatz von Lust und Gier. Gier gehört bekanntlich zu den sieben Todsünden, wird aber meist als eine Art Unersättlichkeit – einem sinnlosen »Immer-mehr-wollen« – verstanden. In diesem Zitat zeigt sich Gier aber als extremer Gegenpol zur Lust auf Leben – was nichts anderes bedeutet , als dass sie sich blind darauf richtet, die Lust auf Leben zu verweigern, um so dem Tod zu entgehen.

Es ist ja zweifellos in der DNA des Menschen angelegt, dem Tod ein Schnippchen zu schlagen. Im jetzigen Corona-Szenario aber kommt etwas hinzu, was uns selbst aus dem Kosmos einer condition humaine weit herausschleudert in einen Kosmos des Inhumanen. Hier sollten sich die Corona-Beschwörer angesprochen fühlen: Sie beschwören nicht nur einen blinden Alarmismus herauf; Sie kehren auch das Verhältnis von Leben und Tod um, indem sie das Leben als nackten Drang zur Selbsterhaltung missdeuten, andererseits den Tod als Endpunkt in absoluten Gegensatz zum Leben setzen. Sie verfehlen dabei beides und zwingen uns ein Dasein als Zombie auf.

In diesem Zusammenhang sei auf Jean Baudrillard verwiesen, der unsere Kultur eine »Kultur des Todes« genannt hat. In ihr hätten wir es verlernt, dass es nur in einem symbolischen Tausch zwischen Leben und Tod gelinge, Lebensfreude mit Gelassenheit zu verbinden. Die abstrakte Gier auf ein »Nicht-sterben-müssen« aber sei ein tödliches Konzept für unser Leben, ja deformiere uns. Diese Deformation aufzuhalten, sollte wichtigstes Ziel jeden Widerstandes sein. Neulich fuhr ich in einem Bus. An einer Haltestelle stiegen Schulkinder zwischen acht und 13 Jahren ein – mit Masken. Was auffiel: Sie sprachen nicht miteinander, tollten nicht herum – wie früher. In ihnen schien die Lebensfreude erloschen. Allein dafür müsste es mal ein Nürnberger Tribunal geben.

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

ABONNIEREN SIE FÜR EXKLUSIVE INHALTE UNSERE OFFIZIELLEN KANÄLE!

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de

Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

13.11.2021 13-16 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung, »Immunität für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit«
13.11.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
13.11.2021 15-19 Uhr (2. Sa i. Monat)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Aufzug, »Impfapartheid nicht mit uns!«
13.11.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
13.11.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
13.11.2021 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
13.11.2021 14:30-17 Uhr	Hamburg, vor der Kunsthalle, Ernst-Merck-Straße	Aufzug, »Das Maß ist voll! Hände weg von unseren Kindern«
13.11.2021 15-18:30 Uhr	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte – Schluss mit der Diskriminierung durch 2G/3G
13.11.2021 15:30 Uhr-18 Uhr (jeden 2. Sa)	Kassel, Königsplatz	Versammlung, »Grundrechte sind nicht verhandelbar«
13.11.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
13.11.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Harras	UlliOma & Friends
13.11.2021 17-20 Uhr	München, Theresienwiese	Abendkorso gegen das Corona-Regime
13.11.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Am Sportplatz/Bernauer Straße	Schilderaktion »Freiheitsallee«
13.11.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	Reichelsheim (Odenwald), B38 Ortseingang Aldi	Zusammenkunft für Grundrechte, Freiheit und Selbstbestimmung
13.11.2021 14-16:30 Uhr (jeden Sa)	Stuttgart, Landtag	Demo für das Ende der Maßnahmen
14.11.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Neuer Ort! Am Neumarkt, Mittelstraße/Apostelnkloster	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
15.11.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
15.11.2021 18-20 Uhr (2., 3. ,4. Mo i. Monat)	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon – Miteinander reden, gemeinsame Wege finden
15.11.2021 12-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer	Mahnwache vor dem RKO
15.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
15.11.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang mit dem Grundgesetz
15.11.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
15.11.2021 18-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden, Altmarkt	Montagsdemo für Demokratie, Frieden und Freiheit
15.11.202119-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus – Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
15.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
15.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
15.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßplatz	Demokratie-Flashmob
15.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
15.11.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
15.11.2021 18-20 Uhr	München, Marienplatz	Medi-tanz-ions-Demo
15.11.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
15.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
16.11.2021 16:45-18:30 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz u. Mittelstreifen der Schlossstr.	Schilderaktion
16.11.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Neues SC-Stadions, Suwonallee 1	Autokorso für Grundrechte
17.11.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Hagen, Eipler Denkmal, Eilper Straße 41	Bürgertreff und Spaziergang
17.11.2021 12-16 Uhr	München, Bayerischer Landtag	Umzug und Autokorso zum Buß- und Bettag
17.11.2021 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort wird auf muenchen-steht-auf.de bekannt gegeben	Mittwochsumzug mit Grundgesetz
17.11.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mi)	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläneschmieden
17.11.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
17.11.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
18.11.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Wilmersdorfer Straße/ Goethestraße	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
18.11.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Corona-Maßnahmen und Impfpflicht
18.11.2021 17:30-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
18.11.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
19.11.2021 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für das Ende des Corona-Regimes
19.11.2021 15-16 Uhr (jeden Fr)	Erfurt, zwischen MDR und Bundesgartenschau	Schilderprotest, »Hände weg von unseren Kindern«
19.11.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Rotkreuzplatz	Offenes Mikrophon – Demokratie leben
19.11.2021 16-18 Uhr	42651 Solingen, Hofgarten-Einkaufszentrum, Kölner Straße 99	Ehrliche, vielseitige und ausgewogene Berichterstattung in allen Medien
20.11.2021 13-16 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung, »Immunität für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit«
20.11.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
20.11.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
20.11.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
20.11.2021 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
20.11.2021 14:30-17 Uhr	Hamburg, vor der Kunsthalle, Ernst-Merck-Straße	Aufzug, »Das Maß ist voll! Hände weg von unseren Kindern«
20.11.2021 15-19 Uhr	Jena, Marktplatz	2G und 3G stoppen – Gleiches Recht für alle!
20.11.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
20.11.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Harras	UlliOma & Friends
20.11.2021 12-16 Uhr	Magdeburg	World Wide Demo
20.11.2021 17-20 Uhr	München, Theresienwiese	Abendkorso gegen das Corona-Regime
20.11.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Am Sportplatz/Bernauer Straße	Schilderaktion »Freiheitsallee«
20.11.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	Reichelsheim (Odenwald), B38 Ortseingang Aldi	Zusammenkunft für Grundrechte, Freiheit und Selbstbestimmung
20.11.2021 14-16:30 Uhr (jeden Sa)	Stuttgart, Landtag	Demo für das Ende der Maßnahmen
21.11.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Neuer Ort! Neumarkt, Mittelstraße/Apostelnkloster	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
21.11.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
22.11.2021 18-20 Uhr (2., 3., 4. Mo i. Monat)	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon – Miteinander reden, gemeinsame Wege finden
22.11.2021 12-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer	Mahnwache vor dem RKO
22.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
22.11.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang mit dem Grundgesetz
22.11.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
22.11.2021 18-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden, Altmarkt	Montagsdemo für Demokratie, Frieden und Freiheit
22.11.202119-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus – Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
22.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
22.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
22.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßplatz	Demokratie-Flashmob
22.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
22.11.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
22.11.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
22.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
25.11.2021 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache gegen die Corona-Maßnahmen
27.11.2021 12-16 Uhr	Berlin, Nettelbeckplatz	Marktplatz der Demokratie
27.11.2021 14:30-17 Uhr	Hamburg, vor der Kunsthalle, Ernst-Merck-Straße	Aufzug, »Das Maß ist voll! Hände weg von unseren Kindern«
4.12.2021, 12-23 Uhr	BERLIN, RUND UMS REGIERUNGSVIERTEL	Grossdemo
5.12.2021 14-16 Uhr	Frankfurt am Main, Opernplatz	Schweigemarsch
5.12.2021 14-16 Uhr	Greiz, Markt/Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
11.12.2021 15-19 Uhr (2. Sa i. Monat)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Aufzug, »Impfapartheid nicht mit uns!«

Schicken Sie jetzt Ihre Versammlungstermine an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de*
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



Leipzig, 6. November 2021: Triest ruft, Deutschland antwortet. Foto: Steve Schramm

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG

Von Hendrik Sodenkamp

Die deutsche Demokratiebewegung kam am 6. November 2021 in Leipzig zusammen. Mehr als zehntausend Demokratinnen und Demokraten machten so den Anfang für die Demonstrations-Saison des Winters.

Hier links sehen Sie den Demokalender der Verfassungsbewegung. Jeden Tag gehen die Menschen auf die Straße, um für Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Grundrechte zu demonstrieren. Sie versammeln sich an der Seite von unbestechlichen Wissenschaftlern und ehrlichen Juristen.

Die Ziele sind von Anfang an klar formuliert, realistisch und angemessen:
1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen, auch in Deutschland
2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes und des Menschenrechts in Wortlaut und Sinn
3. Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat
4. Volksentscheide über alle grundlegenden Fragen
5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta

Die Schweizer sind dort schon einen Schritt weiter. Am 28. November 2021 haben die Alpendemokraten erneut die Möglichkeit, die Corona-Verordnungen der Regierung abzuwählen. Bei der letzten Abstimmung kamen trotz Bestechungsversuchen 40 Prozent der Stimmen zusammen, dieses Mal werden es noch mehr werden. Und das Regime fällt per Volksentscheid.

Weltweit stehen die Menschen gegen das Corona-Lügenregime auf. Jede Woche gehen die Franzosen, die Italiener, die Engländer in ihre Hauptstadt und machen klar, dass es hinter die Errungenschaften der bürgerlichen Zivilisation nicht zurückgeht. Diese Regelmäßigkeit der Versammlung führt dort dazu, dass einzelne Akteure in den Hintergrund treten können. Der Protest findet einfach immer statt und alle wissen es.

Diesem Beispiel will nun auch die deutsche Demokratiebewegung nachkommen. Und zwar an jedem ersten Samstag im Monat. In Berlin – wo es dem Regime am meisten wehtut.

PANDEMIE DER GEIMPFTEN

Über die kommenden Maßnahmen und die Abgründe der Impfkampagne. | Von Hendrik Sodenkamp

Die ersten deutschen Bundesländer haben bereits begonnen, die nächste Stufe der Maßnahmen einzuführen. Diese konzentrieren sich nun auf Menschen, welche keine Spritze annehmen wollen. So verfügten die Regierungen von Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, dass sich nur noch eine begrenzte Zahl von »Ungeimpften« privat treffen dürfe. Sachsen führte ein rigoroses sogenanntes 2G-Regime ein, was bedeutet, dass in öffentlichen Räumen nur noch Geimpfte und Genesene Zugang haben. Auch die bayerische Landesregierung unter der Führung Markus Söders (CSU) geht diesen Weg.

Ein Gesetzesentwurf der Parteien SPD, Grüne und FDP, also der wahrscheinlichen neuen Regierungskoalition, soll in den kommenden Tagen vom Bundestag verabschiedet werden. Diese Parteien wollen den Ausnahmezustand, die sogenannte »pandemische Lage von nationaler Tragweite«, für beendet erklären, aber dennoch mit Notstandsgesetzen weiter regieren. Die Notstandsregeln sollen jetzt also offiziell normal werden. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass weiterhin Abstände gehalten, Masken aufgesetzt, Hygienekonzepte durchgesetzt und Gästedaten gesammelt werden. Die Parteien ziehen eine vermeintlich zu niedrige Impfquote als Begründung der Notwendigkeit heran und behaupten, dass die Landesparlamente über die Maßnahmen nicht mehr entscheiden müssten, weil diese eine »geringe Eingriffstiefe« besäßen. In dem Gesetzesentwurf wird wieder einmal mit Geld gewinkt. So sollen Menschen, die durch die Maßnahmen ihr eigenes Einkommen verlieren, auch zukünftig schneller Geld vom Amt bekommen dürfen.

ZERMÜRBUNG UND KONTROLLE

Zusätzlich soll eine 3G-Pflicht am Arbeitsplatz eingeführt werden, was bedeutet, dass der Chef Daten über den Blut- und Impfstatus sammeln wird. Das andauernde Testen soll anscheinend die Ungeimpften zermürben und als einfaches Mittel der Kontrolle rückt der in anderen Ländern bereits eingeführte Corona-Pass, im Volksmund Segregationspass, näher. Die vermeintlichen Oppositionsparteien drängen noch auf eine Verschärfung der Maßnahmen. So fordern sowohl CDU/CSU als auch die Partei Die Linke die 2G-Regel für ganz Deutschland einzuführen. Dazu schallt es landauf, landab, dass die dritte Impfung fällig werde.

Laut den offiziellen Zahlen des Robert-Koch-Instituts (RKI) nähert sich der Anteil, den die sogenannten Impfdurchbrüche an den symptomatischen Covid-19 Fällen haben, an die offizielle Impfquote in der Bevölkerung an. Weil bei dieser Personengruppe keine Verpflichtung zum Test besteht, ist die wahre aktuelle Zahl mit Sicherheit erheblich höher. Die Gentechnik-Präparate verlieren also nach vier bis sechs Wochen jegliche Wirksamkeit. Die Nebenwirkungen bleiben. So verstarb am 3. November 2021 ein 12-jähriger Junge in Cuxhaven. Die obduzierenden Ärzte des Rechtsmedizinischen Instituts am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf sehen es als wahrscheinlich an, dass der Tod des Kindes auf die Impfung zurück zuführen ist. Zum Verhältnis: Bis zum April 2021 starben laut Bundesregierung in Deutschland elf Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren mit einem positiven PCR-Testergebnis. Der zwölfjährige Junge wird nicht das einzige Opfer der Impfkampagne sein.

Laut Hochrechnungen des amerikanischen Informatikers Steve Kirsch, welche dieser unter anderem bei einer Anhörung der US-amerikanischen Medikamentenüberwachungsbehörde FDA vorstellte, soll man mit mindestens einem Toten pro 5.000 Geimpften rechnen. In den USA wurden nach Daten der Centers for Disease Control bis zum 4. November 2021 bereits 30 Todesfälle von Kindern und Jugendlichen gemeldet. Wobei dort, wie auch in Deutschland, mit einer sehr großen Dunkelziffer zu rechnen ist.

GEIMPFTE ERKRANKEN SCHWERER

Hinzu kommt, dass sich die Indizien verdichten, dass »Geimpfte« bei einer erneuten Ansteckung mit dem Virus viel schwerer erkranken, als wenn sie keine Spritze erhalten hätten. Nach einer beispiellosen Impfkampagne gibt es mehr positive Teste, mehr Hospitalisierungen und mehr Tote als im gleichen Zeitraum des Jahres 2020. Da die sogenannte Delta-Variante nicht gefährlicher ist als die Wuhan-Variante, wie unter anderem das britische Seuchenministerium offiziell verkündete, sondern vielmehr an Gefährlichkeit eingebüßt hat, wird die entscheidende Variable in der derzeit vorliegenden Übersterblichkeit die Impfung sein.

Auch Mediziner des *Blogs tkp.at* kommen in der Analyse der Sonderauswertung der Sterbefälle des Bundesamts für Statistik vom 9. November 2021 (Grafik unten) zu dem Ergebnis, dass seit Impfbeginn rund 37.800 Menschen mehr gestorben sind als im gleichen Zeitraum des Jahres 2020 und rund 26.000 Menschen mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2018, dem Jahr mit den meisten Todesfällen der letzten sechs Jahre. Insgesamt liegt die Anzahl der Verstorbenen derzeit bei 836.277 in Deutschland, wobei noch mit Nachmeldungen zu rechnen ist. Die vorliegenden Daten aus Israel und Island lassen den Schluss zu, dass mit dem Beginn der sogenannten *Booster*-Impfung die Übersterblichkeit im besonderen Maß anzog. Mit dieser Perspektive gehen wir in den Winter.



PROPAGANDIST DER WOCHE

Er forderte schon im Mai 2020 eine Impfpflicht: Frank Ulrich Montgomery, Pharma-Lobbyist und Vorsitzender der Scheinorganisation »Weltärztebund«. Nun legte er am 8. November 2021 bei »Anne Will« nach:

»Momentan erleben wir eine Tyrannei der Ungeimpften, die über zwei Drittel der Geimpften bestimmen und uns diese Maßnahmen aufoktroyieren.«

Im Sozialkunde-Unterricht nicht aufgepasst. Korrekt wäre die Feststellung: Corona-Diktatur.

Fotos: Videostill/YouTube/ARD

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)

30 000, 25 000, 20 000, 15 000, 10 000, 5 000, 0
0, 10, 20, 30, 40, 50
Kalenderwoche

— 2017–2020 Median — 2017–2020 Durchschn. 2017–2020 (min./max.) — 2021
- - 2021 (darunter COVID-19)

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 08.11.2021), COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut (Stand 04.11.2021)

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre lag. Es gab demnach eher eine Untersterblichkeit. Ende 2021 zieht die Sterblichkeit mutmaßlich wegen der Impftoten an.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.
250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

HOMO SAPIENS ODER HOMO PATIENS?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND
von Dr. Günther Riedl

»Deine Freiheit endet dort, wo meine Gesundheit beginnt.« So lautet das Mantra hysterischer Befürworter von Corona-Maßnahmen. Dem ist zu entgegnen: Die persönliche Freiheit endet dort, wo die Rechte des anderen beginnen. Sie lässt sich aber nicht begrenzen durch die Ängste der anderen oder deren Mangel an logischem Denken oder deren Unfähigkeit, Inzidenzwerte nüchtern zu beurteilen.

Die Gewissensfreiheit ist ein in Art. 4 Abs. 1 Grundgesetz garantiertes Grundrecht. Es ist das unveräußerliche Recht, Entscheidungen so zu treffen, wie ich sie für mich innerlich bindend und unbedingt verpflichtend erfahre. Dagegen zu handeln – und sei es für das vielbeschworene Gemeinwohl –, würde mich in eine ernste Gewissensnot führen.

Ge-wissen hat mit Wissen zu tun. Gott gab uns den Verstand, damit wir eifrig nach Wissen und Erkenntnis streben. Auch das Sprichwort »sapere aude« fordert uns dazu auf: »Wage es, dich deines Verstandes zu bedienen!« Diese Fähigkeit zeichnet den Homo sapiens aus. Aber mir scheint, Politik, Pseudowissenschaften und Medien haben ihn zum Homo patiens, zum ewigen Patienten, erniedrigt. Mit perfiden Methoden, die den Verstand vernebeln und das Gewissen betäuben, wird eine Massenhysterie geschürt. Der Homo patiens betrachtet sich selbst als potenziell krank. Durch ständiges Testen muss er beweisen, dass er für seine Umgebung keine Gefahr darstellt. Er greift zur »erlösenden« Spritze, um wenigstens für ein paar Monate ein Homo hygienicus sein zu dürfen. Aber was kommt danach? Wir merken es: Menschsein auf Basis eines Zertifikats steht im Widerspruch zu Gottes Schöpfungsordnung.

Ich orientiere mich an Martin Luther. Er sagte: »Mein Gewissen ist gebunden in Gottes Wort.« Vom Papst bereits wegen Ketzerei verurteilt, sollte er auf dem Reichstag zu Worms vor Kaiser Karl V. seine Schriften widerrufen. Doch Luther befreite sich von dem, was andere von ihm wollten. Sein Gewissen war in Gottes Wort fest verwurzelt und verlieh ihm so die Kraft, sich von irdischen Autoritäten unabhängig zu machen.

Der Autor, Jahrgang 1959, ist Vater von drei Kindern und SAP-Berater; er wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall. (anti.pas@gmx.de)

Die Umweltverbrechen der Superreichen

Die schwerreichen Oligarchen dieser Erde feiern sich in Davos als Vorkämpfer des Umweltschutzes. Eine Studie von Oxfam sieht das ganz anders. | Von Hermann Ploppa

Die Tech-Milliardäre Elon Musk (l.) und Jeff Bezos (o.) wollen unsere Atmosphäre verlassen. Ciao! Collage: DW/ Feuerstacke

Was Heinrich Heine dereinst über die Kleriker sagte, gilt heutzutage in besonderem Maße für unsere selbsternannten globalen Eliten: Sie predigen öffentlich Wasser und trinken heimlich Wein. Der große Reset, die grandiose Neuprogrammierung unserer Welt nach dem Bilde der Superreichen, soll unsere gepeinigte Natur wiederherstellen durch eine technologische Öko-Diktatur. Nun hat ausgerechnet die Hilfsorganisation Oxfam eine interessante Studie vorgelegt, die zu dem Schluss kommt: Es sind gerade die ein Prozent Superreichen auf dieser Erde, die mit hemmungsloser neofeudaler Verschwendung die Rettung der Biosphäre vereiteln.

Auf der Pariser Klimakonferenz im Jahr 2015 hatten sich 195 Staaten dieser Erde dazu verpflichtet, ihre Emissionen an Kohlendioxid soweit einzuschränken, dass sich die zu erwartende Erderwärmung auf ein Temperaturplus von 1,5 Grad Celsius eingrenzen lässt. Der 1,5-Grad-Wert ist ein politischer Kennwert, um den Kampf gegen die komplexen Klimaveränderungen in praktische Schritte umsetzen zu können. So hat man in Paris eine zulässige Menge an fossilen Emissionen auf alle Erdenbürger heruntergebrochen. Der amerikanische Wissenschaftler James Hansen sprach von »Betrug«, denn keine der Pariser Vereinbarungen war irgendwie konkret oder bindend.

Aber wie auch immer: Innerhalb der Logik des Pariser Abkommens verbergen sich große Ungleichheiten im Umgang mit der Erderwärmung. Die Industrialisierung wurde buchstäblich befeuert durch Fossilstoffe, die man aus dem Boden holt, verbrennt und dann in die Atmosphäre abstößt. Die meisten Länder, besonders auf der Südhälfte, haben diese Industrialisierung noch immer nicht vollzogen. Wenn ein Bauer seinen Herd mit Kuhfladen oder Holz befeuert, trägt er nichts zur Erderwärmung bei, denn er verbrennt nur das, was die Erdoberfläche hergibt. Entsprechend stellt die Oxfam-Studie fest, dass die fossilen Emissionen der ärmeren 50 Prozent der Erdbevölkerung im letzten Vierteljahrhundert gerade einmal um siebzehn Prozent zugenommen haben. Sie könnten auch noch um 233 Prozent zunehmen, ohne dass das 1,5-Grad-Ziel in Gefahr geriete.

SUPERREICHE SIND DIE GRÖSSTEN UMWELTVERSCHMUTZER

Gänzlich anders sieht das aus, wenn man die reicheren 50 Prozent der Erdbevölkerung betrachtet. Die in der weltweiten Mittelklasse befindlichen 3,2 Milliarden Erdenbürger emittieren schon das Doppelte der für das 1,5-Grad-Ziel zulässigen Menge an Fossildreck. Die oberen zehn Prozent, also 800 Millionen Menschen, emittieren bereits das Neunfache der zulässigen Emissionen. Die superreichen ein Prozent ganz oben, immerhin noch 80 Millionen Individuen, emittieren alleine das Dreißigfache der zulässigen Emissionsmenge! Während sich die Superreichen in Davos als Vorreiter der ökologischen Wende feiern, lassen sie mal eben Raketen hochsteigen, damit betuchte Raumfahrt-Touristen die Schwerelosigkeit genießen können.

Oxfam konnte aufgrund der angeberischen *Postings* der Schönen und der Reichen in »sozialen« Netzen rekonstruieren, dass ein Prozent der Weltbevölkerung für die Hälfte aller Flugemissionen weltweit verantwortlich zeichnet. Diese neofeudale Kaste bekommt immer mehr Zulauf aus allen Teilen der Welt. Inder und Chinesen sind jetzt dabei. Die soziale Ungleichheit wird immer mehr auch zu einer ökologischen Ungleichheit. Während die Menschen in der Dritten Welt unter den Folgen des hemmungslosen Umweltverbrauchs in der Ersten Welt leiden, nimmt die Prasserei unter den erlauchten oberen zehn Prozent immer noch weiter zu. Tim Gore, der die Oxfam-Studie präsentierte, kommt zu dem Schluss, dass man die oberen zehn Prozent massiv an die Kandare nehmen muss, wenn man die Erderwärmung noch unter dem Niveau von 1,5 Grad halten will: »Dazu gehören sowohl Maßnahmen zur Einschränkung des CO2-Verbrauchs für Luxusgüter wie Megajachten, Privatjets und private Raumfahrt als auch zur Begrenzung klimaintensiver Investitionen wie Aktienbesitz in der fossilen Brennstoffindustrie.«

Es ist nämlich nicht damit getan, den Superreichen ihre Fossilschleudern wegzunehmen. Auch die großen Vermögensverwaltungsgesellschaften wie Blackrock und Vanguard müssen daran gehindert werden, die überschüssigen Gelder der Superreichen profitabel in Fossilwirtschaft, Atomkraft oder Rüstung anzulegen. Der UNO-Generalsekretär António Guterres bezeichnete die Öko-Prasserei der Superreichen als »Krebsgeschwür«: »Wenn wir jetzt nicht handeln, könnte dieses Jahrhundert unser letztes Jahrhundert sein.«



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.



Der »verschossene Elfmeter«

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Vor dem Amtsgericht Krefeld verteidigte ich einen Demo-Versammlungsleiter, der gegen eine Auflage verstoßen haben soll, was gemäß § 25 VersG eine Straftat darstellen würde. Die Auflage bestand darin, vor der Weitergabe das »Mikrofon zu desinfizieren«.

Eine solche Auflage hatte es in der Demonstrationsgeschichte der BRD bisher noch nie gegeben. Ein aufmerksamer Polizeibeamter beschrieb in seiner Anzeige sehr genau, dass der Mandant »es unterlassen habe, das Mikrofon zu desinfizieren«. Als Zeuge wiederholte er auch auf meine konkrete Nachfrage, dass der Mandant »keinerlei Desinfektionsmaßnahmen« durchgeführt habe. Eine glatte Falschaussage und somit auch eine falsche Verdächtigung und sogar eine Verfolgung Unschuldiger – was ein Verbrechen gemäß § 344 StGB darstellt –, denn im Anschluss an seine Aussage wurde ein Video gesichtet, worauf klar zu erkennen war, dass der Mandant das Mikrofon vor jeder Weitergabe mit einem Alkoholtuch abgewischt hatte.

Dennoch: Zur Überraschung aller, die gedacht hatten, es handele sich aus Sicht der Verteidigung um einen »Elfmeter«, wurde der Mandant nicht freigesprochen, sondern zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Richterin befand, dass der Angeklagte es unterlassen habe, das Handstück des Mikrofons desinfiziert zu haben. Dies reiche für eine Verurteilung aus. Von der Falschaussage des Beamten war keine Rede mehr. Ein Skandalurteil, da das Gericht hier nicht berücksichtigte, dass der Mandant durch das Abwischen des Mikros seinen Willen gezeigt hatte, die Auflage zu erfüllen, was den für die Straftat erforderlichen Vorsatz entfallen ließ. Der Verdacht einer Gesinnungsjustiz musste sich hier zwangsläufig aufdrängen. Der Mandant geht daher in die Berufung.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Mitglied der Anwälte für Aufklärung. Seit über 14 Monaten verteidigt er Mandanten vor Gericht in Straf- und Bußgeldverfahren mit einem Corona-Bezug.

DAS (VORLÄUFIGE) ENDE DER GROSSDEMONSTRATIONEN?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Am 6. November 2021 traf sich die Freiheitsbewegung erneut in Leipzig. Ein Jahr nach dem beeindruckenden Demonstrationszug vom 7. November 2020. Politische 2G-Eskalation in Sachsen, keine Maskenpflicht auf der Demo, an sich gute Voraussetzungen für eine große Versammlung, dennoch kamen nur einige Tausend Demonstranten, etwa zehn bis 15 Prozent der Teilnehmerzahl des letzten Jahres.

Da die Stadt Leipzig Bilder wie 2020 verhindern wollte, wurde die Demonstration nur ortsfest erlaubt, eingezäunt in Hamburger Gittern, mit Einlasskontrolle durch die Polizei. Allein diese Szenerie hat mit einer Freiheitsdemonstration nicht viel zu tun. Schnell war die zulässige Teilnehmerzahl (vermeintlich) erreicht, Doppelzählungen inbegriffen. Die Polizei riegelte die Demonstrationsfläche ab und ein Teil der Menge, welche nicht mehr eingelassen wurde, skandierte zunächst, »lasst uns rein«.

Eine ähnliche Situation hatte ich im März in Sinsheim erlebt, auch dort konnte ich nicht nachvollziehen, warum man unbedingt auf eine eingezäunte und von der Polizei abgesperrte Fläche möchte, wenn die ganze Stadt zum Spaziergang einlädt. Dr. Carola Javid-Kistel teilte der Menge dann dankenswerterweise mit, dass man nicht versuchen sollte reinzukommen, taktisch natürlich richtig. Eine stationäre Demonstration mit Bühne kann maximal noch zur Mobilisierung genutzt werden, sollte aber nicht das Ziel des Protestes sein.

Aus der Menge heraus bildete sich ein Demonstrationszug, welcher von der Polizei mehrfach gestoppt wurde. Hierfür wurden auch Wasserwerfer und Räumpanzer in Position gebracht. Da sich auf der Goethestraße in Richtung des Rings kein Zug bilden konnte, zogen die Demonstranten in größeren Gruppen durch die Innenstadt. Zuvor wurde aus internen Polizeikreisen bekannt, dass Demonstrationszüge dort bessere Chancen hätten, so war es dann auch.

Es begann das übliche Katz-und-Maus-Spiel, welches am Ende in der Grimmaische Straße in einem mehrstündigen Polizeikessel endete. In diesen wurden auch Unbeteiligte von der Polizei hinein genötigt und geschubst, Pfefferspray und eine Reiterstaffel wurden eingesetzt. Im Kessel bestand keine Möglichkeit, Toiletten aufzusuchen, und die Betroffenen standen stundenlang rechtswidrig in eisiger Kälte. Deutschland 2021.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.



WOFÜR STEHEN DIE POLIZISTEN FÜR AUFKLÄRUNG?

KOLUMNE FREUND UND HELFER *von Karl Hilz*

Der öffentlichen Kritik der Innenministerin Schleswig-Holsteins, Dr. Sabine Sütterlin-Waack, an unserem Verein möchten wir eine fachliche Antwort entgegenstellen. Ihre Aussage: »Diese Gruppierung steht wirklich für überhaupt nichts von dem, wofür unsere Polizistinnen und Polizisten täglich arbeiten und einstehen«, ist in unseren Augen nicht ganz richtig. Freundlich ausgedrückt.

Wir Polizisten für Aufklärung verstehen uns der Bevölkerung verpflichtet, wir dienen neutral allen Menschen, nicht einer Partei. Eine der herausragenden Eigenschaften der Polizisten unseres Vereins ist die sehr geordnete Einstellung zu Normen. Das ist nicht verwunderlich, da es zu unseren Aufgaben gehört, bei Normverletzungen einzuschreiten. Ob beim Falschparken, einer einfachen Ordnungswidrigkeit oder bei Kapitalverbrechen – wir handeln gemäß festgeschriebenen Normen und Verordnungen.

Wir halten uns an die oberste Anforderung der Polizeiarbeit: die Wahrung der Gesetzmäßigkeit, insbesondere die Einhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Wir setzen uns konsequent für die Einhaltung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen ein. Und wir kümmern uns darum, dass sich Polizeibeamte wieder ihrer Remonstrationspflicht bewusst werden.

Dies sind nur drei der zahlreichen Aspekte, die für uns untrennbar mit unserem Verständnis von Polizeiarbeit verbunden sind. Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack scheint dagegen das eher eigenartige Verständnis von einer »politikhörigen« Polizei zu haben, wenn sie davon ausgeht, dass nicht auch unsere aktiven Kollegen und Kolleginnen dafür täglich arbeiten und einstehen.

Karl Hilz ist Polizeihauptkommissar und Vorsitzender des Vereins Polizisten für Aufklärung.
Siehe auch: echte-polizisten.de

Fortsetzung des Titeltextes **»DEMOKRATIEBEWEGUNGEN KOMMEN VOR DIE WELLE«** KOMMENTAR | Von Anselm Lenz

Der italienische Erkenntnisprozess hat lange gedauert, denn zunächst war noch die »nationale Tragödie« gefeiert worden. Die Italiener gingen beim *Fake*-Seuchenregime mit wie kaum eine andere Nation. Mit einer konzertierten Aktion der Globalkonzerne und der Regierungen waren 2020 das Menschenrecht, die Verfassungen, Pressekodex und schließlich ab 2021 auch der Nürnberger Kodex gebrochen worden, um eine Neue Weltordnung einzuführen. Diese kommt im Gewand des Fortschritts daher und braucht viel Unterdrückung, Lüge und Gewalt – und dafür die Unterstützung des Kleinbürgertums und der Beamten, weswegen auch vermeintlich »linke« Staatsparteien für den Putsch mobilisiert wurden, deren aus dem Staatsapparat hochbezahltes Personal sich bei allem zudem auch noch auf seine vermeintliche historische Benachteiligung beruft.

TRAGÖDIE UND MASSENPANIK

Corona ist eine gemachte Massenpanik. Der Infekt ist die übliche Grippeinfektwelle unter neuem Namen. Besondere Maßnahmen dagegen wären nicht notwendig gewesen. Angesichts der Zustände in den privatisierten Klinikkonzernen kam die Aufforderung zum Notstandsregime zunächst gut an. Anstatt aber das Gesundheitssystem zu verbessern, wurden Kliniken geschlossen und die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtert. Alte, Kinder und Familien wurden in grauenhafte Situationen gestoßen.

Es wird deutlich, dass Corona keine substantiellen Verbesserungen für die Weltbevölkerung bereithält, sondern nur Sparsamkeit und den Weg in die totalitäre Verwaltung des Lebens ebnen würde. Bei der Vergabe des sogenannten Impfstoffes kommt es bereits jetzt nachweisbar zu genozidalen Auswirkungen. Diese sind laut dem Corona-Protagonisten Bill Gates eingepreist, der bereits 2020 rund 700.000 Impftote ankündigte. Das mRNA-Experiment steht zudem im begründeten Verdacht, Menschen gezielt unfruchtbar zu machen.

Die Frage, wie sich so viele Menschen in Medienapparat und Behörden für diesen Komplott einspannen lassen konnten, werden Historiker und Psychologen noch in Jahrzehnten als Mysterium zu entschlüsseln versuchen. Zu Lebenswirklichkeit und Lebensgefühl von Menschen in der ersten Lebenshälfte habe ich in den vergangenen zwölf Jahren Bücher und Projekte publiziert, die teils vergleichsweise sehr erfolg- und einflussreich waren und sind (Anselm Lenz et al.: »Sag alles ab!«, Edition Nautilus, Hamburg 2015, »Das Kapitalismustribunal«, Passagen Verlag, Wien 2016).

Das Corona-Regime trifft einen Nerv, eine Bereitschaft, sich Karrierekult, Körperkult und Technikspielzeug zu unterwerfen – und sich dabei auch noch als fortschrittlich zu empfinden. Die Erlösung von der Komplexität des Lebens auf der Erde und den allerorten sichtbaren Niedergangserscheinungen wird im Innerlichen und auf dem *Touchscreen* gesucht.

ERLÖSUNGSSEHNSUCHT

Die Auswirkungen der Finanzkrise von 2007 bis 2009 kann einerseits als eine Marktanpassung interpretiert werden. Neue Chancen öffneten sich aber für niemanden. Ich-AG und Start-Up-Kult entpuppten sich als falsche Versprechungen, die zwischenzeitlich einen religiösen Charakter annahmen. Gehälter wurden für junge Menschen seit der Euro-Einführung quasi halbiert und Vertragslaufzeiten gingen teils nur über ein halbes Jahr.

Der Neoliberalismus schliff in Deutschland und ganz Südeuropa die jahrzehntelang bewährten Sozialdemokratien – bei rasant steigenden Mieten und Hauspreisen. In Italien leben ganze Generationenkohorten noch bei den eigenen Eltern – kinderlos und ohne Aussichten, ein souveränes Leben zu führen. In Japan nennt man diesen neuen Rückzug ins Private im Extremfall Hikikomori.

Die schleichende, aber immer massivere Verarmung und Aussichtslosigkeit der jüngeren Hälfte des Volkes wurde für die Aktiveren überlagert mit Technikspielzeug und neuen Mode-, Sex- und Feiertrends. Wie in den 1920er Jahren wurde Berlin zu einem Zentrum politischer und künstlerischer Auseinandersetzung. Einerseits die *Global Player*, die globalen Spieler, deren Jünger in extrem teuren Turnschuhen bewährt mit Soja-Latte und glutenfreien Diätkeksen in englischsprachigen Galeriecafés *genderten*, meist finanziert von Muttis und Papis mit Polit- und Konzernjobs mit »alten Verträgen« oder Erbschaften.

Andererseits die übermüdete Späti-Bevölkerung aus »Ach-watt-solls«-Berlinern, Türken, Arabern, Studis, Azubis, Kulturschaffenden und jenen »Expats« und »Internationals«, die in New York, London oder Paris nicht mal mehr ein fensterloses Zimmer fanden. So wurde Berlin als »vierte Wahl« ein Ort der Aushandlung globaler Klassengegensätze und Hort der Selberdreher. Der Corona-Putsch ist der Versuch der Konzerne, die abstürzende Mittelschicht des Westens zu spalten und auf einen neuen Kurs zu zwingen. Den Niedergangseffekten soll die ganz große Vision entgegengestellt werden. Es ist die Vision der Klaus Schwabs und Bill Gates dieser Welt, getragen von Teilen des militärisch-medialen Apparats von USA- und EU-Klüngel.

GESCHWINDIGKEIT FÜR DEN FRIEDEN

Das Putschistenregime arbeitet mit vergleichsweise hoher Geschwindigkeit, angefeuert von im Medienapparat platzierten Agenten, die jeweils die nächste Stufe der Höllenmaschine fordern. Der geistig und moralisch völlig kollabierte Parteienapparat winkt dann jeweils die nächsten Maßnahmen gegen die Bevölkerung durch – mit Todesfolgen. In Deutschland wurden oppositionelle Ärzte, Juristen und Journalisten von Inlandsmilizen überfallen, die sich nicht auswiesen und nicht vorstellten. Wie 1933 kippte die Justiz in wenigen Monaten zum Faschismus. Gerichtsverfahren, die es bis vor dem Corona-Putsch kaum ins Hauptverfahren geschafft hätten oder dort in einer halben Stunde

Die Welt in aller Kürze

+++ Neapel, 5.11.21: Italienische Arbeiter von nicht-unterwanderten Gewerkschaften wenden sich vor dem Arbeitsministerium massiv gegen den Segregationspass und rufen zu Gewalt gegen Polizei und Obrigkeit auf. +++ Paris, 5.11.21: Mütterdemonstration gegen den mRNA- und Vektor-Genozid der Pharma-Mafia. +++ Turin, 6.11.21: Lichtermarsch der italienischen Demokratiebewegung gegen den genozidalen Corona-Putsch +++ Den Haag, 7.11.21: Medienkonzerne verschweigen die größten Demonstrationen der niederländischen Geschichte fast völlig. +++ Barcelona, 7.11.21: In der größten Stadt Kataloniens demonstrierte das Volk gegen die Steigerung des Strompreises für Konsumenten um 44 Prozent. +++ Venedig, 8.11.21: Studenten stehen auf gegen Corona-Putsch und Segregationspass. +++ Wellington, 9.11.21: In einem Ritual vor dem Parlament in der neuseeländischen Hauptstadt riefen die neuseeländischen Ureinwohner den Kriegszustand aus und schworen Rache am angloamerikanischen Kolonialregime.+++





Glasgow *Foto: Videostill/stvnews*
Am vergangenen Samstag, den 6. November 2021 demonstrierten Menschen in Glasgow für eine Verschärfung der Klimapolitik der Regierungen. Die deutschen Medien berichteten lobend und zitierten unkritisch die Teilnehmerzahl der Organsiatoren: 100.000 sollen es angeblich gewesen sein.

London *Foto: Million Mask March*
Was sie nicht berichteten: Am Tag zuvor, Freitag, den 5. November 2021 demonstrierten noch mehr Menschen. Und zwar in London gegen das Corona-Regime. Der aus dem Film »V wie Vendetta« bekannte Termin wurde zum Anlass genommen, um maskiert vor das englische Parlament zu ziehen.



mit milden Geldstrafen erledigt worden wären, werden zu inquisitionshaften tagelangen Verhandlungen ausgedehnt. Schauprozesse mit medialer Hetzmeute des Regimes, wie sie Heinrich Böll für die 1970er Jahre beschrieb, finden statt und Schlimmeres. Abstruse Strafen werden verhängt und Richter raten schon in ihren Vorladungen Angeklagten zum Auswandern, zum Exodus. Das Regime will freie Bahn, oppositionelle Schriftsteller, Journalistinnen, Ärzte und Juristen sollen in Deutschland eliminiert werden.

Nun hat das Klagelied keinen Sinn, denn die Demokratiebewegung ist stark. Will sie aber die Höllenmaschine aufhalten und zerlegen, muss sie schneller und entschlossener werden. Mit dem Appell allein wird es nicht getan sein. Die größten und langanhaltendsten Demonstrationen in der deutschen Geschichte, in denen Arbeiterklasse und Mittelschicht gemeinsam für ihre Interessen und das Menschenrecht eintraten, haben die Coronazis zwar verlangsamt, aber nicht abgesetzt. Es gilt also, »vor die Welle« zu kommen.



Wer am Friedensgebot festhalten will, sollte sich überlegen, wie der Griff direkt in Behörden und Betriebe organisiert werden kann – von der Irritation auf dem Behördenflur über die offene Verbreitung oppositioneller Schriften aus der Demokratiebewegung im eigenen Betrieb, in der Nachbarschaft, an Schulen und Universitäten. Das Regime wird wie jeder Faschismus von jenen getragen, die am unteren Rand des Regimes kleben, für die winzig kleine Karriere im System buckeln müssen und es trotzdem nur so gerade eben schaffen, ihr Reihenhäuschen abzuzahlen.

KLEINBÜRGERTUM UND BEAMTE ZURÜCKPFEIFEN

Sich über solcherlei Kleinbürgertum lustig zu machen – zu denen übrigens auch die vergleichsweise neuen Latte-Macchiato-Tech-Jünger gehören – ist keine Möglichkeit. Vielmehr muss diesen Menschen gezeigt werden, dass ihre eigene Unfreiheit und ihr endloser selbstverschuldeter Druck im Leben kein Anlass sein dürfen, sich an anderen Menschen zu vergreifen, die diese Art der Unfreiheit nicht auch noch als pharmazeutisch-digital-totalitäres Modell für alle wollen – und dazu aus guten Gründen in entschlossene Opposition, den Widerstand, gegangen sind.

Mobilität und Geschwindigkeit sind also vorübergehend die Mittel jener, die etwas Besseres einführen werden als die geistlose Technokratie einer totalitären Menschenverwaltung der Corona-Putschisten. Verteilen Sie die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand in Briefkästen, in Fußgängerzonen, im Betrieb!



Die Freiheit für das Volk
Collage: DW/ Ute Feuerstacke mit dem Gemälde von Eugène Delacroix

SPORT MIT BERTHOLD

LANGWEILIGE BUNDESLIGA

Der FC Bayern ist gerade dabei, zum zehnten Mal in Folge den Fußballwettbewerb zu gewinnen. In vielen europäischen Ligen gewinnen immer wieder die gleichen *Teams*. Bei uns ist es am langweiligsten. In Spanien, Italien und England konkurrieren immerhin mehr Mannschaften.

Geld regiert im Profifußball. Die Mehreinnahmen aus der Champions League sind für keinen der anderen Vereine jemals kompensierbar. An dem Punkt müsste die Uefa ansetzen und die Verteilung der Fernsehgelder anders strukturieren. Die Euroleague bekommt zu wenig. Das liegt meines Erachtens daran, dass das Produkt verramscht wird. Zu viel Masse, zu wenig Klasse. Die Umverteilung der Fernsehgelder in der Bundesliga wäre der nächste Ansatz, genauso wie die Zulassung von Investoren. Dann hätten die Vereine es zumindest selber in der Hand, Kapital zu beschaffen. Die bisher gültige 50+1-Regel wird durch Bayer, VW, Red Bull und Hoffenheim ohnehin bereits verwässert.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

samte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WER EINE FRIEDLICHE REVOLUTION VERHINDERT, MACHT EINE GEWALTSAME REVOLUTION UNAUSWEICHLICH. JOHN F. KENNEDY

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 69. Ausgabe ab Samstag, 13. November 2021. | Redaktionsschluss war am 11. November, 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ronja Palmer, Dr. Yana Milev, Clark Kent, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer, Gerda Thiele. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 70 erscheint am 20. November 2021.